

Willst auch du Konzernmacht brechen?

Unser Klima schützen

- Unterschreibe die Petition auf unserer Website:
www.anders-handeln.at/petition
- Lade deine Familie und Bekannten ein, auch zu unterschreiben
- Organisiere Vorträge und Diskussionen in deiner Gemeinde, Schule, deinem Verein oder Betriebsrat. Wir schicken gerne Vortragende!
- Abonniere unseren Newsletter, um am Laufenden zu bleiben.
- Beteilige dich an unseren Aktionen! Mehr Infos:
www.anders-handeln.at/termine

Unterstütze die Kampagne „Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne - Stopp ISDS“ mit einer Spende!

Attac Österreich
Verwendungszweck: Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne
IBAN: AT552011182424891500



Die Kampagne wird getragen von der Plattform *Anders Handeln* und Organisationen, die sich für einen verbindlichen UN-Vertrag für Konzerne einsetzen.



**Regeln für Konzerne
Stopp ISDS!**

Gefahren für unser Klima: Die Macht der Konzerne durch ISDS

„Verträge zugunsten der Klimasünder und zulasten der Klimagerechtigkeit müssen gekündigt werden. Pläne für eine Ausweitung von Konzern-Klagerechten wie in TTIP und CETA gehören gestrichen.“ – Peter Fuchs, PowerShift

Ein stabiles Klimaregime ist die Voraussetzung für den Erhalt von Lebensräumen für Mensch und Umwelt. Die massive Nutzung von fossilen Energieträgern, speziell im industrialisierten Norden, hat zur Klimakrise geführt, die unsere Lebensgrundlagen bedroht.

ISDS als Paralleljustiz für Konzerne

ISDS steht für Sonderklagerechte für Konzerne. Damit können sie Staaten im Rahmen einer Paralleljustiz auf Schadenersatz in Millionenhöhe verklagen, wenn durch neue Gesetze ihre Profitinteressen eingeschränkt werden. Die rechtliche Grundlage für diese Klagen sind Investitions- oder Handelsabkommen, die ISDS enthalten. 60 % der bisherigen Entscheidungen bei solchen Klagen waren im Interesse der Konzerne.

Rockhopper vs. Italien: Klage wegen der Verweigerung von Bohrkonzessionen

Das britische Öl- und Gasunternehmen Rockhopper verklagte Italien im Mai 2017, weil Italien die Erlaubnis für Ölbohrungen in der Adria verweigerte. Das italienische Parlament hatte davor aufgrund von Umweltproblemen und Erdbebengefahr neue Öl- und Gasaktivitäten verboten. Rockhopper klagt auf Grundlage des Energiecharta-Vertrags auf Entschädigung im Umfang von 200-300 Mio. US-Dollar. Eine Entscheidung steht noch aus.

Österreich muss aus dem Energie Charta Vertrag aussteigen

Vor zwei Jahrzehnten trat der Vertrag über die Energiecharta (Energy Charter Treaty, ECT) in Kraft. Er enthält ISDS und ist ein mächtiges Instrument für Konzerne um die Energiewende von klimaschädlichen fossilen Brennstoffen hin zu erneuerbaren Energien zu blockieren. 67 % der bisherigen ECT-Klagen sind von Investoren aus einem EU-Mitgliedsstaat gegen die Regierung eines anderen EU-Mitglieds erhoben worden. Österreich hat diesen Vertrag unterschrieben und könnte jederzeit geklagt werden.

Wir fordern: die österreichische Regierung muss aus dem Vertrag über die Energiecharta aussteigen, alle bilaterale Investitionsabkommen beenden und jenen, die aktuell auf EU Ebene verhandelt werden, eine Absage erteilen.

Die Macht der Konzerne durch Straflosigkeit

„Umweltschäden durch die Ölindustrie haben zu Verletzungen des Rechts auf Gesundheit und eine gesunde Umwelt, des Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard (einschließlich des Rechts auf Nahrung und Wasser) und des Rechts auf Erwerb eines Lebensunterhalts durch Arbeit für Hunderttausende von Menschen geführt.“ – Amnesty International

Für den Schutz der Menschenrechte bei weltweiten Unternehmensaktivitäten gibt es bisher nur freiwillige Leitprinzipien. Bei Verstößen haben die Opfer praktisch keine Chance auf Entschädigung - die Konzerne bleiben straflos.

Shell in Nigeria: Straflosigkeit für Zerstörung von Lebensgrundlagen

In den letzten 50 Jahren wurde das Nigerdelta durch 1,5 Millionen Tonnen Öl verschmutzt. Shell selbst gibt an das sein Pipeline-System in Nigeria jährlich von etwa 175 Öllecks betroffen ist. Das hat schreckliche Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung: erhöhte Todesraten, Lungenkrankheiten und Krebs. AktivistInnen, die sich für das Klima und Menschenrechte einsetzen, werden bedroht, gefoltert oder gar ermordet. Über 40.000 Betroffenen versuchen seit Jahren gegen Shell zu klagen. Aber obwohl der Europäische Gerichtshof 2012 befand, dass Shell als Mutterkonzern Einfluss auf die Machenschaften der Tochter in Nigeria hat, lehnte ein Gericht in Großbritannien 2018 die Zuständigkeit ab. Die Betroffenen haben also weiterhin keinen Zugang zu Wiedergutmachung und Entschädigung.

Leider sind solche Fälle keine Ausnahme. Konzerngewinne speisen sich systematisch aus menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen und der Ausbeutung unserer Lebensgrundlagen.

Historische Chance: UN-Abkommen zur Konzernregulierung

Abhilfe könnte das UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte schaffen, das derzeit verhandelt wird. Gelingt es, genügend gesellschaftlichen Druck aufzubauen, kann das Abkommen Vertragsstaaten dazu verpflichten, Konzerne menschenrechtlich verbindlich zu regulieren – und zwar auch bei ihren Auslandsgeschäften sowie in ihren Lieferketten und Tochterunternehmen.